

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

Band 9

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/125

Die einseitige Erinnerungskultur der umerzogenen Deutschen, Teil 1

Ich wartete auf das Gute, und es kam das Böse; ich hoffte auf Licht, und es kam Finsternis. <i>Hiob 30, 26</i>

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich in den Jahren 1961 fertiggestellt.

Im amtlichen statistischen Jahrbuch von 1956 gab Polen die Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges mit mehr als 6,0 Millionen an (x025/176). Die polnischen Verluste wurden damals wahrscheinlich nicht ausreichend wissenschaftlich aufgearbeitet. Bei den bisherigen historischen Untersuchungen prüften die polnischen Statistiker allem Anschein nach nicht, wie viele polnische Staatsbürger z.B. der sowjetischen "Befreiungsmission" und den eigenen internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zum Opfer fielen.

Die polnischen Bevölkerungsverluste von mehr als 6,0 Millionen enthalten vermutlich auch:

Ca. 2.800.000 ermordete polnische Juden (x061/482, 033/621).

Ca. 1.222.000 "verschollene Reichs- und Volksdeutsche", die in den deutschen Ostgebieten (ohne Ostpreußen und Memelland) und in den polnischen Siedlungsgebieten umkamen (x016/79).

Ca. 750.000 bis 760.000 Volkspolen, die während der sowjetischen Besatzung starben (x025/177, x264/20).

Ca. 320.000 gefallene polnische Soldaten und Partisanen (x041/152).

Ca. 166.000 zivile Todesopfer des Warschauer Aufstandes (x051/620).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die polnischen Bevölkerungsverluste (x025/174-177): >>... Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die furchtbaren Verluste der Juden im ehemaligen Großpolen dazu benutzt, um den "Blutzoll des polnischen Volkes" möglichst hoch erscheinen zu lassen – z.T. von den gleichen Nationalisten, die sich 1938 für eine Entfernung der "deutschen Juden" aus Polen eingesetzt hatten. Wie schrieb schon 1929 Felix Deutsch: "Gegenüber den Juden zieht man gewöhnlich einen scharfen Trennungsstrich. Wenn aber einer berühmt geworden ist, beispielsweise der Mediziner Remak oder Madame Curie, erkennt man sie flugs als Polen an." ...

Kein Wunder, daß sich – außer polnischen KP-Propagandisten – nur wenige Statistikexperten genauer mit der Frage befassen, wieviele Polen denn nun wirklich durch die Nazis umge-

bracht wurden; meist begnügt man sich mit einem pauschalen Hinweis, daß während des Krieges zwischen 4 und 5 Millionen polnischer Staatsangehöriger in Ost und West umgekommen sind.

Die polnische Regierung gibt sogar 6 Millionen an und erweckt dabei gern den Eindruck, es handle sich ausschließlich um NS-Opfer.

Die Gründe dieser Taktik liegen auf der Hand; einerseits möchte man die "brüderliche Sowjetunion" nicht mit der Millionenzahl der Opfer des Stalinismus in Ostpolen belasten, andererseits aber auch die eigene Position bei polnisch-deutschen Verhandlungen stärken. – Eine Statistik auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit und nicht der Nationalität ist wenig aussagekräftig, weil man dabei polnische und deutsche, ukrainische und jüdische, weißrussische und litauische Opfer ebensowenig unterscheiden kann wie die deutschen, russischen, polnischen und ukrainischen Täter.

Der Vollständigkeit halber sei jedoch erwähnt, daß nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen die gesamten Kriegsverluste an polnischen Staatsbürgern (also Polen und nichtpolnische Minderheiten) in Ost und West vermutlich bei maximal 4 Millionen, im kongreßpolnischen Gebiet (von der UdSSR 1939 annektierte Gebiete) unter 2,35 Millionen liegen dürften. Da diese Forschungen noch nicht abgeschlossen sind, kann man durchaus weitere Präzisierungen erwarten. ...

Es geht bei der Untersuchung der deutsch-polnischen Beziehungen also zunächst darum, einerseits die Verluste der nichtpolnischen Nationalitäten und Minoritäten im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich zu eliminieren und andererseits die Verluste durch Gewalttaten der Sowjets, Ukrainer und der Polen selbst. Tut man dies nicht, so geraten alle Statistiken heillos durcheinander; aus einem von Polen 1939 oder 1944/45 erschlagenen Volksdeutschen würde ein polnisches NS-Opfer, und ein ermordeter Jude jiddisch-deutscher Muttersprache aus dem ukrainischen Lemberg (vormals Ostpolen) z.B. erschiene in den polnischen, jüdischen und russischen Verlustrechnungen zugleich und würde sich gleichsam verdreifachen.

Wohl die gründlichsten wissenschaftlichen Analysen des Problems stammen von Albin Eissner (Alfred Bohmann) und Alfred Schickel. Sie errechnen unter Berücksichtigung amerikanischer Forschungsergebnisse rund 570.000 Menschen polnischer Abstammung, die entweder 1939 im Krieg und später bei Partisanenkämpfen gegen deutsche Truppen gefallen sind oder durch die Nazis ermordet wurden.

(Von der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Polens starben mindestens 750.000 Volkspolen, die meisten davon bei Deportationen.)

Per Saldo bleibt festzuhalten, daß die Propaganda der polnischen Kommunisten – ähnlich wie die der deutschen Nationalsozialisten nach dem Bromberger Blutsonntag – die durch das Nachbarland erlittenen Verluste ihrer Landsleute mit dem Zehnfachen der wirklichen Größenordnung angibt.

"Historiker in einem totalitären Staat sind mächtiger als der liebe Gott: sie können sogar die Vergangenheit ändern" (Salvador de Madariaga). ...<<

Prof. Dr. Hermann Pfister berichtete später über die deutschen Verluste während der polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>.. Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen ...

Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenlose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden.

Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete

58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Bevölkerungsverluste nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen (x046/158): >>... Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierten polnischen Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrundegegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos.<<

Im Jahre 1963 berichtete die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau, Bd. V.), über die Verluste des Zweiten Weltkrieges (x047/318): >>... Der Zweite Weltkrieg war der verheerendste und blutigste aller Kriege. Er forderte über 50 Millionen Tote. In allen kriegsführenden Ländern wurden materielle Werte von mehr als 316 Mrd. Dollar vernichtet.

Die Sowjetunion hatte die Hauptlast des Krieges zu tragen. Sie verlor 20 Millionen Menschen, 1.710 Städte, 70.000 Dörfer und 32.000 Industriebetriebe wurden zerstört. Damit erbrachte sie die schwersten Opfer. Sie spielte bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus und japanischen Militarismus die Hauptrolle. ... Von den sowjetischen Streitkräften wurden 607 Divisionen und von den Alliierten 176 Divisionen der Länder des faschistischen Blockes zerschlagen oder gefangengenommen. Deutschland verlor an der sowjetisch-deutschen Front 10 Millionen Mann (Gesamtverluste – 13,6 Millionen Mann) und 75 % der Kampftechnik und Waffen. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45") wurden sowjetische Verluste in Höhe von 20 Millionen Menschen angegeben (x047/318). Bei den bisherigen historischen Auswertungen (Bevölkerungsstatistiken, wissenschaftliche Berechnungen etc.) prüften die sowjetischen Statistiker bisher anscheinend noch nicht, wie viele dieser sowjetischen Todesopfer eigentlich Stalins internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zugeordnet werden müssen.

Die sog. "offiziellen Verluste" der UdSSR des Zweiten Weltkrieges enthielten mit großer Wahrscheinlichkeit viele Todesopfer, die während oder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch Stalinisten getötet wurden. In diesen "Kriegsverlusten" waren vermutlich auch die Deportationsverluste der Rußlanddeutschen, Ukrainer, Esten, Letten, Litauer, Kaukasier, Kalmücken und Krim-Tataren enthalten (x025/259).

Nach dem Kriegsende verschleppten die Sowjets insgesamt rd. 5,5 Millionen ehemalige Staatsbürger der UdSSR (Kriegsgefangene, Fremdarbeiter, volksdeutsche Flüchtlinge, Antikommunisten, Emigranten, Kosaken, Soldaten der Wlassow-Armee) nach Sibirien. Allein in den westdeutschen Besatzungszonen lieferten die nordamerikanischen und britischen Besatzungstruppen nach dem Kriegsende ca. 2,27 Millionen ehemalige Sowjetbürger gegen ihren Willen an die UdSSR aus. Da die Ausgelieferten wußten, welches Schicksal sie erwartete, mußte man sie meistens mit brutaler Gewalt an die Sowjets übergeben (x026/21).

Der britische Historiker Nikolai Tolstoy schrieb später in seinem Buch "Stalin's Secret War", daß Stalins Terror gegen die eigene Bevölkerung (Systemgegner, sowjetische Nationalitäten und andere Minderheiten) ungezählte Opfer forderte. Mehr als 50 % aller Zivilisten, die in den Jahren 1941-45 in der UdSSR umkamen, sollen Opfer der stalinistischen Verfolgungs- und Umsiedlungsaktionen geworden sein (x025/113).

Nach systematischer Analyse der 20 Millionen "Kriegsopfer" der Sowjetunion kam Nikolai Tolstoy später zu folgendem Ergebnis (x026/22): >>Es ist offenkundig, daß die Todesfälle, die den Deutschen unmittelbar zuzuschreiben sind, nur ein Drittel, höchstens die Hälfte der sowjetischen Gesamtverluste an Menschenleben in den Jahren 1939-1945 ausmachen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die sowjetischen Bevölkerungsverluste (x025/113): >>... Die große Leidensfähigkeit des russischen Volkes war schon durch Lenins Terrorregime auf eine harte Probe gestellt worden. Diese Zeit liegt zwar heute weit zurück, aber gerade darum sollte man mit Solschenizyn immer wieder daran erinnern, daß noch zu Lebzeiten Lenins so viele Unschuldige umgebracht wurden wie später in Hitlers Machtbereich (daß diese Tatsache nicht den Nationalsozialismus entlastet, sondern den Kommunismus belastet, bedarf keiner Betonung).

Weitere Millionen starben unter Stalin in Lagern, bei Deportationen, bei Säuberungen in Partei und Armee und im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Churchill gegenüber gestand Stalin am 16.8.1942, daß allein die Kollektivierung 10 Millionen Menschenleben gekostet habe.

Zum 50. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution von 1917 veröffentlichten französische und belgische Wissenschaftler Erhebungen, die mit den Ergebnissen des Internationalen Roten Kreuzes übereinstimmten. Danach forderte die Sowjetherrschaft bis dahin rund 49 Millionen Menschenleben. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die Opfer der frühen Kriege gegen Finnen, Balten, Polen usw. und die Opfer des Zweiten Weltkriegs. Mindestens 12 Millionen dürften 1945 in Lagern gelebt haben.

Ungeahnte Höhepunkte erreichte der sowjetische Terror gegen die eigene Bevölkerung, den Nikolai Tolstoi als Stalins geheimen Krieg bezeichnet hat, während des 2. Weltkriegs. Man nimmt an, daß über die Hälfte derer, die in der Sowjetunion zwischen 1941 und 1945 ums Leben kamen, Opfer des kommunistischen Terrors gegen Systemgegner, Verdächtige, nicht-russische Nationalitäten usw. wurde.

Der Anglorusse N. Tolstoy hat in seinem Buch "Stalin's Secret War" den unbeschreiblichen Leiden der Menschen in der Sowjetunion unter den Massenmördern Hitler und Stalin ein würdiges Denkmal gesetzt.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

Der deutsche Historiker Mathias Beer berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die Veränderung der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland (x879/17-33): >>**I. 'Flucht und Vertreibung' - eine Chiffre**

'Flucht und Vertreibung' sind in der deutschen Sprache zu einer Chiffre geworden. Sie steht für die gewaltsame, Hunderttausende von Todesopfern fordernde Verschiebung von mehr als zwölf Millionen Deutschen und damit für den zahlenmäßig größten Teil der europäischen Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie steht für einen Vorgang mit einer weit über den Zweiten Weltkrieg hinausreichenden zeitlichen Dimension. ...

II. Die "Dokumentation der Vertreibung"

Die Quellengrundlage für die "Dokumentation der Vertreibung" bildet ein Teil der "Ost-Dokumentation". Dabei handelt es sich um eine Gruppe von etwa zwei Dutzend Sammlungen des Bundesarchivs. Sie enthalten Selbstzeugnisse aller Art - Erlebnisberichte, Befragungsprotokolle, Tätigkeitsberichte von Amtsträgern - über die Zustände und Ereignisse vorwiegend der Jahre 1930 bis 1947 in den reichsdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße, in den vom Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs annektierten oder besetzten Gebieten, in den Siedlungsgebieten deutscher Minderheiten in Ost-Mitteleuropa, sowie historisch aufgearbeitete Unterlagen zu diesen Gebieten.

Einen Teil der Sammlungen hat das Bundesarchiv Mitte der 1950er Jahre von anderen Archi-

ven, von Institutionen und Einzelpersonen übernommen. Ein anderer Teil geht auf die in amtlichem Auftrag oder vom Bundesarchiv selbst eingeleitete und durchgeführte Sammeltätigkeit zurück. Die damit betraute Organisationseinheit des Bundesarchivs trug ebenfalls die Bezeichnung "Ost-Dokumentation" und bestand von 1956 bis 1976. ...

Der von Anfang an geplante sechste und letzte Band der 'Dokumentation der Vertreibung', in dem die skizzierte Kontextualisierung von 'Flucht und Vertreibung' einschließlich der nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Umsiedlungspolitik vorgenommen wurde, ist, obwohl er weitestgehend fertiggestellt war, nicht mehr erschienen. ...

Der Band ist auch deshalb nicht erschienen, weil seine Fertigstellung von dem sich gewandelten Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft und auch der deutschen Geschichtswissenschaft zur NS-Zeit in den Schwellenjahren um 1960 eingeholt wurde. Der bis dahin in der offiziellen Erinnerungskultur der Bundesrepublik gepflegte Opferdiskurs - Deutsche als Opfer Hitlers und des "alliierten Unrechts von Potsdam" - verwandelte sich spätestens seit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß von 1958 und der Errichtung der "Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen" in Ludwigsburg in einen Täterdiskurs.

Deutsche wurden in zunehmendem Maß als "Täter" gesehen. Die während des Nationalsozialismus von Deutschen begangenen Verbrechen stellten von nun an jene an Deutschen während der Vertreibung begangenen in den Schatten. Der Holocaust wurde zum Flucht- und Bezugspunkt auch für die Einschätzung und Auseinandersetzung mit 'Flucht und Vertreibung'.

Ein rigoroser Dualismus von Nationalsozialismus und Holocaust einerseits und 'Flucht und Vertreibung' andererseits, der in der "Dokumentation der Vertreibung" im Ansatz wissenschaftlich überwunden worden war, bestimmte fortan die politische, öffentliche und, soweit sie sich mit 'Flucht und Vertreibung' überhaupt noch beschäftigte, auch die zeitgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik. ...

IV. Folgen

'Flucht und Vertreibung' blieb in der Bundesrepublik, daran läßt die Geschichte der "Dokumentation der Vertreibung" keinen Zweifel, trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschungsgruppen- und trägerspezifisch verankert. ...

Erstens war die Diskussion über 'Flucht und Vertreibung' eine im wesentlichen von politischen Argumenten getragene, stark polarisierte Auseinandersetzung. Dabei hatten außen- und deutschlandpolitische Gesichtspunkte zur Folge, daß die Debatte fast ein halbes Jahrhundert auf dem Stand verharrte, der ihren Ausgangspunkt gebildet hatte: eine von einem rechtlichen Standpunkt bestimmte Position, welche durch die Blocksituation in Europa nach 1945 bedingt war und von ihr ihre andauernde Rechtfertigung erhielt.

Damit eng verbunden ist zweitens eine nicht zu unterschätzende spezifisch deutsche, innenpolitische Entwicklung. Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwellenjahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Vertreibungsgeschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und den Vertreibungs-Verbrechen reduziert.

Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungskomplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. 'Flucht und Vertreibung' blieben das Thema einer partiellen, von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen.

Aber nicht allein diese Faktoren haben, wie Dan Diner es formulierte, das Gedächtnis neutralisiert. Auch die deutsche zeitgeschichtliche Forschung hat Anteil daran, weil sie ihrer Aufgabe, kritische Aufklärungsarbeit zu leisten, in diesem Bereich äußerst unzulänglich nachgekommen ist.

Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes 'Flucht und Vertreibung' verabschiedet. Nur einige Indizien dafür sollen anhand des hier vorgestellten Beispiels erwähnt werden. Die "Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa" blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr.

Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich und erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu 'Flucht und Vertreibung' äußerst gering. ...

Eine Gesamtdarstellung von 'Flucht und Vertreibung' gibt es nach wie vor nicht. Neuauflagen der "Dokumentation der Vertreibung" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie offenbaren gerade in der gegenwärtigen Diskussion um 'Flucht und Vertreibung' diese große Lücke um so schmerzhafter.

Im wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die "Dokumentation der Vertreibung" Anfang der 1960er Jahre stand: 'Flucht und Vertreibung' aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik zu lösen, 'Flucht und Vertreibung' in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen.

Erst wenn diese Zusammenhänge zum politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Gemeingut geworden sind, werden die Voraussetzungen gegeben sein, daß sich das deutsche historische Gedächtnis nicht mehr so "merkwürdig unsicher" zu 'Flucht und Vertreibung' verhält. ...<<

Der deutsche Historiker Manfred Kittel berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "neue Ostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren" (x879/37-50): >>Die Schlesier und die Ostpreußen würden "zunehmend aus der deutschen Geschichte exkommuniziert"; zu den Gebieten jenseits von Oder und Neiße bestehe "im deutschen Geschichtsbewußtsein gar kein Verhältnis mehr".

Mit diesen Worten zog der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Herbert Hupka, 1982 gleichsam eine erinnerungspolitische Bilanz der zu Ende gehenden sozialliberalen Regierungszeit. Ähnliche Verdrängungsbefunde haben aber keineswegs nur konservative Politiker erstellt, sondern auch Wissenschaftler unterschiedlichster Prägung.

Der angesehene Historiker Alfred Heuß etwa äußerte sich noch drastischer über die Bewußtseinslücke der Bundesdeutschen in bezug auf den historischen deutschen Osten. Kaum jemand sei sich doch der Folgen der Vertreibung bewußt, eines Phänomens, "das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung Phylozyd" belegen müßte: Stammesmord. Denn es gebe seitdem "keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudetendeutsche mehr" und ihre Sprachen "haben aufgehört zu existieren".

Auch SPD-nahe Historiker haben zumindest davon gesprochen, daß die Vertreibung seit den 1960er Jahren "immer mehr aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden" sei. Aber kann man das wirklich so sagen? ...

Was mindestens bis 1965 zu der von allen Parteien gemeinsam getragenen politischen Kultur gehört hatte: den Verzicht auf die Ostgebiete und das Heimatrecht als Verrat zu brandmarken, eben diese Position galt schon fünf Jahre später, 1970, plötzlich als moralisch vollständig verwerflich, politisch inkorrekt, ja rechtsradikal.

Kann man den Opfern der Vertreibung und ihren demokratisch legitimierten Sprechern tatsächlich einen Strick daraus drehen, so frage ich mich, daß sie nicht in der Lage waren, in demselben Tempo entspannungspolitisch umzudenken wie der übrige, größere Teil der bundesdeutschen Gesellschaft, dem das Schicksal des Heimatverlustes erspart geblieben war?

Daß die sozialliberale Regierung den renitenten Landsmannschaften den Geldhahn zudrehte, das mochte machtpolitisch nachvollziehbar sein - erinnerungskulturell produktiv aber war das alles nicht. Ganz im Gegenteil: Viele, viele Zeitgenossen, nicht nur im sozialliberalen Milieu, meinten nun, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, indem sie - mit Hartmut Bookmann zu reden - "die Geschichte Ostdeutschlands leugneten", Breslau nur noch Wroclaw nannten, Patenschaften für Landsmannschaften aufkündigten bzw. einschlafen ließen oder bei den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen politische Konzessionen zu Lasten historischer Fakten machten.

Wie stark dieser Zeitgeist war, erhellt vielleicht am besten daraus, daß selbst die Jugendorganisation der Vertriebenen, die Deutsche Jugend des Ostens (DJO), sich 1974 veranlaßt sah, einen neuen Namen zu erfinden. Künftig firmierte sie als "DJO - Deutsche Jugend in Europa", um die "neuen Perspektiven" der Wiederbegegnung mit den Völkern Osteuropas ganz in den Mittelpunkt zu rücken.

Für den Fortgang der Erinnerungskultur war es entscheidend, daß Vertriebenenpolitiker nicht nur an den deutschen Rechtspositionen prinzipiell festhielten, an den Grenzen von 1937; dazu war man als verfassungstreuer Bürger bis 1990 - infolge der Karlsruher Urteile zu den Ostverträgen - ohnehin verpflichtet. ...

Vor allem aber eine Entscheidung der Bundesregierung hatte negative erinnerungskulturelle Signalwirkung: Ich meine den Beschluß von 1974, die vom Bundesarchiv fertiggestellte Dokumentation der Vertreibungsverbrechen nicht zu veröffentlichen - letztlich auch dieses mit Rücksicht auf den aktuellen Entspannungskurs Richtung Sowjetblock.

Indem damit sozusagen regierungsamtlich der Versuch unternommen wurde, eine neue Vertreibungsdebatte zu unterdrücken, waren die Zeichen der Zeit - von der großen Politik her - eindeutig auf Verdrängung gestellt, und die Folgen davon konnte man landauf, landab bis in die Dörfer der bayerischen Provinz hinein besichtigen, wenn etwa SPD-Kommunalpolitiker in einer mittelfränkischen Gemeinde den Antrag der CSU auf Errichtung symbolischer Wegweiser nach Königsberg und Stettin heftigst bekämpften und einen JU-Ortsvorsitzenden dessentwegen mit einem Brett vor dem Kopf karikierten.

Auch Meinungsumfragen förderten immer wieder zutage, wie groß die Bereitschaft in der bundesdeutschen Bevölkerung zwischenzeitlich war, den alten Osten, wie man sagte, abzuschreiben, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen oder auch das Münchner Abkommen von seiner langen Vorgeschichte seit 1919 abzukoppeln. ...

Ende 1958 erfolgte die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen; dann wurde infolge der Hakenkreuzschmierereien zu Weihnachten 1959 die historisch-politische Pädagogik massiv verstärkt; und bald darauf kam es zu den großen NS-Prozessen gegen Eichmann in Jerusalem und gegen die Auschwitz-Mörder (ab 1963) in Frankfurt. Je stärker damit das Dritte Reich und seine Verbrechen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten, desto mehr nahm man den ostdeutschen Exodus von 1945 nur noch ganz ausschließlich als zwingendes Ergebnis dieser deutschen Katastrophe wahr - und insofern als eine Art *quantité négligeable* (Belanglosigkeit).

Ein deutschlandpolitisches Ereignis hat dieser Deutung noch zusätzlich Auftrieb gegeben: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961, die wohl größte mentale Zäsur in der Geschichte der alten Bundesrepublik.

Schien es jetzt nicht nötig, den alten deutschen Osten definitiv zu vergessen, um mittels dieses Opfers wenigstens die Option auf eine Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands mit Unterstützung der westlichen Schutzmächte langfristig zu wahren?

Und waren nicht die Ostdeutschen ohnehin die größten Nazis gewesen und besonderen Mitgefühls nicht würdig? Eine Überinterpretation? Wohl kaum. Man sehe sich nur einmal alte Spielfilme an: "Am grünen Strand der Spree" etwa, die Verfilmung des Erfolgsromans von

Hans Scholz, in der 1960 wieder einmal ein Ostdeutscher, der Ex-Unteroffizier Jaletzki, als übelste Figur des Stückes erhalten mußte. Und dieses übrigens, obwohl die Ostdeutschen in der NS-Führung tatsächlich eher unterrepräsentiert gewesen waren.

Ein weiteres kam hinzu: Der große gesellschaftliche Mahlstrom in Richtung problematischer Entspannung mit den kommunistischen Regimen, der aber - auf eine vertrackte Art - eben auch zur wünschenswerten Versöhnung mit den Völkern im Osten beitrug. Deren erschütternde Opfergeschichten während des Dritten Reiches rückten nunmehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit; so sehr, daß dies den Blick auf die spätere Täterrolle von Russen, Polen oder Tschechen mehr und mehr zu versperren begann, ja unter dem Tatbestand "Aufrechnung" unter politische Höchststrafe stellte.

Erst viel, viel später, 2002, erkannte das literarische alter ego von Günter Grass in seiner Novelle über den Untergang der Wilhelm Gustloff: "Niemals hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennde Reue vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen."

Daß Vertreibungsverbrechen und NS-Verbrechen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander standen, hatte manchmal aber auch erinnerungskulturell durchaus produktive Folgen; etwa als die Reaktion auf den Holocaust-Film 1979 endlich einen nachhaltigeren Impuls der Beschäftigung mit dem Untergang des deutschen Ostens auch im Massenmedium Fernsehen auslöste.

Während bis dahin zum schrecklichen Geschehen des Judenmordes bereits an die 100 TV-Sendungen ausgestrahlt worden waren, hatte die Vertreibungsverbrechen noch kaum ein Fernsehfilm eigens thematisiert.

Man fragt sich unwillkürlich, so hieß es dazu in einem Gutachten für die Bavaria Fernseh GmbH, "weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete innerhalb von drei Nachkriegsjahrzehnten" im deutschen Film kein "irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat". Ein vergleichbarer Vorgang wäre undenkbar, so weiter, wenn "ein ähnliches Schicksal ... Frankreich, Italien oder England getroffen" hätte.

Aufschlußreich ist es auch, einmal den Stellenwert zu vergleichen, den die Fragen der strafrechtlichen Verfolgung von NS- bzw. Vertreibungsverbrechen in der gerichtlichen Realität wie im öffentlichen Diskurs der 60er und 70er Jahre eingenommen haben. Nationalsozialistische Verbrechen waren seit 1949, und seit 1958 entschlossener denn je, in zehntausenden Ermittlungsverfahren verfolgt worden.

Wir wissen, daß es dabei zu einer Reihe höchst problematischer Unterlassungen kam - im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten: In den von der Öffentlichkeit meist vielbeachteten Prozessen haben Staatsanwälte und Richter einen herausragenden Beitrag zur zeitgeschichtlichen Aufklärung über das Dritte Reich geleistet.

Die Vertreibungsverbrechen dagegen sind in aller Regel nicht nur nicht gerichtlich verfolgt worden; verstörender noch wirkt ein anderer Befund: Daß die praktische Schwierigkeit, der meist in kommunistischen Staaten lebenden Täter habhaft zu werden, in der Bundesrepublik nicht einmal größere gesellschaftliche Debatten ausgelöst hat.

Mitte der 60er Jahre, es war einmal mehr eine heftige Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen im Gang, unternahmen einige Landsmannschaften entsprechende Vorstöße: Sie regten an, zumindest eine zentrale Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen zu schaffen, so wie sie 1961 in Salzgitter für die ebenfalls schwer zu verfolgenden Schandtaten des DDR-Regimes eingerichtet worden war.

Allein, dieser Vorstoß blieb ohne Widerhall. Wie Rufer in der Wüste wirkten Vertriebenen-sprecher, wenn sie immer wieder einmal die Bundesregierung ermahnten, "den an Millionen Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen genauso" rechts-

staatlich nachzugehen, wie sie "jene Verbrechen verfolgen hilft, die von Deutschen begangen wurden".

Auf die monierte Schieflage warf das Verschwinden von Akten über polnische Vertreibungs-täter 1975 ein bezeichnendes Schlaglicht. Einräumen mußte diesen Skandal der Oberstaats-anwalt am Landgericht Hagen auf Anfrage der Landsmannschaft Oberschlesien.

Der Vertriebenenverband hatte bereits zehn Jahre früher, 1965, Klage gegen sieben Wächter des berüchtigten Lagers Lamsdorf bei Oppeln erhoben, wo nach dem Zweiten Weltkrieg Tau-sende Menschen unter schrecklichen Umständen ums Leben gekommen waren.

Unter den Tätern befand sich etwa auch Czeslaw Geborski, der nun als Polizeimajor in Kat-towitz tätig war. 1975 hieß es im Schreiben des bundesdeutschen Oberstaatsanwalts, die Ak-ten seien "bedauerlicherweise außer Kontrolle geraten"; sie hätten in der Zwischenzeit trotz eifriger Nachsuche nicht aufgefunden werden können. Im September 1979 schließlich wurde die Einstellung des Verfahrens mit der Begründung verfügt, die Bundesregierung habe davon abgesehen, wegen der Täter "an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten".

Auch wenn man die ungleich größere Dimension der NS-Verbrechen berücksichtigt, wird man sagen müssen: So harmlos war die Vertreibung der Deutschen, "das größte Vertreibungs-geschehen der Weltgeschichte" (neben dem, freilich anders gelagerten, indisch-pakistanischen Fall), nun auch wieder nicht, als daß dies den enormen Hiatus (Spalt) ganz erklären könnte, der in der öffentlichen Thematisierung beider Komplexe spätestens während der 1970er Jahre entstand. Und zwar nicht etwa, weil über die NS-Verbrechen zu viel, sondern weil über die Vertreibung zu wenig geredet wurde.

Natürlich konnte der Prozeß der Verdrängung in einer offenen Gesellschaft letztlich kein tota-ler sein, Gegenkräfte vor allem in den Landsmannschaften und im konservativen Spektrum der Unionsparteien pflegten, sei es noch aus revisionistischen, sei es aus rein erinnerungskul-turellen Motiven das ostdeutsche Kulturerbe. Und doch ist nicht zu übersehen, daß der Ver-drängungsimpuls in der Hochzeit sozialliberaler Entspannungspolitik gesellschaftlich zwei-felsohne dominiert hat und daß er vieles an Kenntnissen, auch an Interessen über den Osten unter sich begrub, was besser bewahrt worden wäre. ...

Weder für unsere Nation noch für unsere östlichen Nachbarn wäre es gut, wenn die Deutschen ihre lange Geschichte im Osten Europas weiterhin ungefähr ebenso behandeln würden wie die Episode ihrer Kolonialherrschaft in Ostafrika. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendete nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (22 Dokumentenbände) und übergab im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Do-kumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (x026/40): >>... Nach amtlichen französi-schen Angaben gab es zwar nur 24.178 Tote (in den französischen Kriegsgefangenenlagern). Wie auch bei den französischen Opfern der großen Säuberung 1944/45 stimmen die amtlichen Zahlen aber vermutlich nicht mit den tatsächlichen überein.

Bei der Lektüre der 22bändigen Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." fällt auf, daß der Frankreich-Band im Gegensatz zu den meisten anderen Länderberichten und trotz zugegebener Zweifel an der Richtigkeit der Angabe des Gewahrsamsstaates – offenbar aus übergeordneten Gesichtspunkten – (die amtlichen französischen Angaben) einfach über-nimmt. Demgegenüber dürfte die von nicht offizieller Seite genannte Zahl von 115.000 Toten in französischem Gewahrsam eher den Tatsachen entsprechen. ...<<

Der ehemalige Widerstandskämpfer Eugen Gerstenmaier (1906-1986, deutscher Theologe und CDU-Politiker) schrieb am 31. März 1975 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x268/68): >>... Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen woll-ten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler,

sondern gegen Deutschland geführt wurde.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die anti-deutsche Einstellung der westlichen Alliierten (x268/68-69): >>Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. In einer Studie des "Office of Strategic Services" mit der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitlerwunders" vom 30. Juli 1944 heißt es wörtlich, das "glückliche Entkommen Hitlers" sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland ließe sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen.

In der Tat wäre es nach dem Sturz der Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen. ...<<

Im Jahre 1975 veröffentlichte der deutsche Journalist Wilfried Ahrens eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".

Da das "Schlesierland", "Märkische Heide" und andere ostdeutsche Lieder angeblich "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar sind", ließ das Verteidigungsministerium diese Lieder im Jahre 1975 aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen. Anstatt dieser nicht mehr "gesellschaftsfähigen ostdeutschen Heimatlieder" wurden z.B. die Lieder "In einem Polenstädtchen" und "Kalinka" in das Liederbuch der Bundeswehr aufgenommen.

Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) kritisierte am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<

Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/1979) berichtete am 29. Januar 1979: >>**Holocaust: Die Vergangenheit kommt zurück**

Mehr als 20 Millionen Deutsche sahen in der vergangenen Woche "Holocaust". Die US-Fernsehserie über die Verfolgung und Ermordung der Juden wurde zum Thema der Nation. Bei den Sendern meldeten sich 30.000 Anrufer, die Mehrheit bekannte Erschütterung. Ein Medienereignis mit moralischer Wirkung oder nur "ein Strohfeuer"?

War das, endlich doch noch, die Katharsis? War es 34 Jahre nach Kriegs- und Nazi-Ende, das Ende der Unfähigkeit zu trauern? War es, im dreißigsten Jahr der Bundesrepublik Deutschland, die erste wahrhaftige Woche der Brüderlichkeit?

Es war, dies kann auf jeden Fall gesagt werden, eine auf unvorhergesehene Weise historische Woche:

Eine amerikanische Fernsehserie von trivialer Machart schaffte, was Hunderten von Büchern, Theaterstücken, Filmen und TV-Sendungen, Tausenden von Dokumenten und allen KZ-Prozessen in drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte nicht gelungen war: die Deutschen über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen an den Juden so ins Bild zu setzen, daß Millionen erschüttert wurden. Im Haus des Henkers wurde vom Strick gesprochen wie nie zuvor, "Holocaust" wurde zum Thema der Nation.

Auch, wie anders, für deren Nationalisten. Schon vor Wochen hatten Anonyme mit Vergeltung gedroht, vorletzten Donnerstag flogen die Fetzen: Um 20.40 Uhr zerriß ein Zehn-Kilo-Sprengsatz die Leitungen zum Südwestfunk-Sender Waldesch bei Koblenz. 21 Minuten später detonierte eine Bombe in der Richtfunkstelle Nottuln bei Münster und zerstörte ein Antennenkabel.

Auf Hunderttausenden von Bildschirmen erlosch das Erste Programm, in dem gerade das schlimmste Kapitel deutscher Geschichte noch einmal dokumentarisch durchleuchtet wurde: "Endlösung".

In den Funkhäusern wurden eilends die Eintrittskontrollen verschärft. Polizei bezog Posten vor freistehenden Sendeanlagen. Das Bundeskriminalamt ließ am Koblenzer Tatort tonnenweise Schnee abtragen und dessen Tauwasser an geheimer Stelle nach Beweisstücken durchsieben.

Eine Gruppe namens "Internationale revolutionäre Nationalisten" bekannte sich inzwischen telephonisch zu den Attentaten und bestätigte damit den Verdacht von Bundesanwalt Rebmann, "daß der Anschlag aus Anlaß des Fernsehfilms "Endlösung" mit rechtsradikaler Zielsetzung geplant und ausgeführt worden ist".

Der Knall in Hunsrück und Münsterland indes machte das bundesdeutsche TV-Publikum erst richtig hellhörig für das Medienereignis "Holocaust", dem der Bericht "Endlösung" nur als Vorspiel diene und dessen Nachhall noch nicht annähernd abschätzbar ist.

Vor kurzem noch mußte den Deutschen das amerikanische Fremdwort, das sich aus den griechischen Wörtern "holos" (vollständig) und "kaustos" (verbrannt) zusammensetzt, als exotische Vokabel vorkommen, letzte Woche war es in aller Munde, bis hinauf zu Helmut Schmidt und Helmut Kohl, die "Holocaust" sogar in die Parlamentsdebatte warfen.

Wie zu Durbridge-Zeiten, als der "Halstuch"-Mörder über den Bildschirm geisterte, wie jetzt nur noch bei Fußballmeisterschaften, so gebannt verfolgten die Bundesrepublikaner vom Montagabend, 21 Uhr, bis Freitag weit nach Mitternacht die Karriere des (erdachten) SS-Obersturmbannführers Erik Dorf, der als Adjutant Heydrichs die Massenvernichtung der Juden organisiert, und das Schicksal der (gleichfalls fiktiven) jüdischen Arztfamilie Weiss, die fast ganz der perfekten Mord-Maschinerie zum Opfer fällt.

In Niedersachsen wurden gewerkschaftliche Veranstaltungen vorzeitig beendet oder abgesagt, "damit die Leute das sehen können, denn sonst würden die sowieso um neun Uhr verschwinden" (DGB-Sprecher Horst Runge). An den Universitäten Bielefeld und Hamburg wurden die gesellschaftswissenschaftlichen Seminare ohne weitere Diskussion in "Holocaust"-Debatten umfunktioniert.

Vielerorts, so in der Marler Volkshochschule "Die Insel", sammelten sich Singles zu Gruppen, "weil sie es allein zu Hause nicht ausgehalten hätten" (Pfarrer Jürgen Schmelig). ARD und ZDF registrierten eine Massenabwanderung in den dritten Kanal.

Dort wurde, in 428 Minuten und 26 Sekunden einer erfundenen, wenngleich historisch untermauerten Spielhandlung mit manchen geschichtlichen Ungenauigkeiten und vielen Platitüden (nichtssagenden Redewendungen) amerikanischer Serienproduktion, den Deutschen erstmals anschaulich vorgeführt, was sie aus der Erinnerung bislang vorwiegend verdrängten: das individuelle Drama hinter dem Massenmord. Das Unfaßbare wurde faßbar.

Überwunden schien, nach dem farbigen Einblick in die Schlachthöfe der Nazis, der Widerwille, an die Vergangenheit erinnert zu werden, gebrochen die Scheu, die Wahrheit zu erfahren.

Schon am Montag waren 32 Prozent aller bundesdeutschen Fernsehgeräte auf "Holocaust" geschaltet, am Dienstag bereits 36, am Donnerstag schließlich 39 Prozent - was im Dritten sonst niemand schafft. Zuletzt sahen rund 20 Millionen die Schrecken der Endlösung.

Den stärksten Zuspruch fand die Serie im Sendebereich des WDR, den geringsten bei Saar- und Hessenfunk. Am Dienstag schaute, trotz ungünstig später Sendezeit, jedes neunte Berliner

Kind unter 13 Jahren dem Drama zu, in Nordrhein-Westfalen immerhin noch jedes 17. Überall registrierten Pädagogen ein "äußerst großes Bedürfnis der Schüler, darüber zu sprechen". Und so, beispielsweise, sprachen sie:

Jürgen Knipprath, 13, hatte "früher mal geglaubt, daß die Juden vorher irgendwelche Verbrechen begangen haben. Aber die hatten ja überhaupt nichts getan".

Ralf Kürten, 16: "Das war wie im Western."

Der Frankfurter Pädagogik-Wissenschaftler Hans Joachim Lissmann notierte Spontan-Äußerungen wie: "Den Heydrich würde ich in der Luft zerreißen." (Der) "Holocaust" wurde Hauptfach.

Selbst während der den Serien-Teilen angehängten Mitternachts-Diskussionen blieb noch knapp die Hälfte des "Holocaust"-Publikums auf Empfang, obwohl der ursprünglich verpflichtete Gesprächsleiter Robert Leicht, Redakteur der "Süddeutschen Zeitung", die erste Gesprächsrunde so blasiert zerredet hatte, daß der WDR ihn schleunigst verabschiedete.

Die weiteren, wesentlich besser geführten und besetzten Diskussionen brachten einen im deutschen Fernsehen bislang einmaligen, didaktisch fast optimalen Einklang von Spiel und Information. Und erstmals funktionierte das seit langem angestrebte Feedback mit dem Publikum: Anrufer griffen in die Experten-Debatte fragend, fordernd und verändernd ein; via Fernsehen kam eine Nation ins Gespräch.

Dabei wurde am Kölner Studio-Tisch nur ein Bruchteil dessen erläutert, was die Deutschen in Wohnstuben und Klassenzimmern, Straßenbahnen und Fabrikhallen bewegte - immer noch genug, um Telephonnetze stundenlang zu blockieren.

Über 30.000 Anrufer, fast viermal mehr als während der US-Premiere von "Holocaust" beim Sender NBC, wählten sich in die deutschen Funkhäuser durch. Der WDR mußte die Zahl der Telefonistinnen verdoppeln. Für Berliner, die schwer bis Köln vordrangen, wurden eigens acht Leitungen in den SFB freigemacht, der die Botschaften dem WDR über eine Standleitung des Hörfunks zuspielte.

Es meldeten sich, wie erwartet, die Unbelehrbaren und die Schmierfinken mit antisemitischen Flüchen und Verwünschungen gegen den "linkslastigen Rotfunk". Das Ganze sei "Brunnenvergiftung" und "Nestbeschmutzerei": "Was ist denn mit den vergewaltigten deutschen Frauen von 1945?"

Die CSU-nahe "Schüler Union Bayern" forderte vom Bayerischen Rundfunk eine Nachfolgeserie über die Vertreibung Millionen Deutscher aus ihrer Heimat: Einseitige Schulbekenntnisse wie in "Holocaust" seien der Jugend nicht zuzumuten.

Ein anonymer Anrufer drohte, Heinz Galinski, der Leiter der Jüdischen Gemeinde Berlin, werde umgebracht, wenn man die Serie nicht schleunigst absetzt.

Doch weit mehr noch, wie nicht erwartet, meldeten sich Irritierte, Betroffene, Überlebende. Manche schämten sich, klagten sich selbst an, einige weinten. Häufig wurden neue Dokumente, Prozeßakten, Tagebücher und Gedichte angeboten.

Der "bislang aufwendigste, konsequenteste Medienverbund unserer Fernsehgeschichte" (Fachblatt "Medium"), vom kritischen Ausland wohlwollend beobachtet, hatte das Publikum allerdings auch frühzeitig und intensiv auf das peinvolle Thema und seine heikle Darbietung vorbereitet.

Allein die Düsseldorfer Landeszentrale für politische Bildung verschickte 139.530 Mappen mit einer 56seitigen Aufklärungsbroschüre an sämtliche Lehrer in NRW. Bis Donnerstag waren in dem Institut 22.000 private Anforderungen eingegangen. Zentralen-Leiter Willi Kreiterling erwartet eine Gesamtauflage von 220.000.

22 nordrhein-westfälische Volkshochschulen setzten spezielle "Holocaust"-Seminare an. Das ZDF tauschte einen für Donnerstag geplanten Film - pikantes Thema: die Nazi-Begeisterung eines Berliner Schülers von heute - gegen ein unverfängliches Emanzipationsspiel aus.

"Holocaust" prägte Schlagzeilen und Leitartikel der Tagespresse, Zeitschriften wie "Monat" und "Medium" widmeten ihm ganze Nummern.

Mit voller Wucht schwappte das Thema auch auf die Radio-Wellen über, auf Hamburgs "Kurier am Morgen", das Kölner "Mittagsmagazin" und die Münchner "Redezeit bis Mitternacht". Kein Sender, der nicht über die ganze Woche verstreut vorab informierte und nachher kritisierte. Vor allem Teenager-Programme wie die WDR-"Radiothek", "s-f-beat" und der bayrische Jugendfunk machten "Holocaust" zum Leitmotiv der Woche.

Unter solch ungewöhnlicher multimedialer Schützenhilfe verbreitete sich allerdings nicht nur "Holocaust" im Land der Täter und Opfer, sondern auch das Zwielicht, das die inzwischen in 33 Länder verkaufte Produktion seit ihrer amerikanischen Erstausrahlung umgibt: die Fragen nach Authentizität und Glaubwürdigkeit, das Problem der massenattraktiven Aufmachung und der thematischen Verflachung. Mit der Geschichte der Familien Dorf und Weiss waren auch die konträren Reaktionen von Enthusiasmus bis zu Abscheu und Protest in die Bundesrepublik importiert.

"Holocaust" - ein "anmaßendes Unterfangen" ("New York Times") oder der "kraftvollste Film, der je fürs Fernsehen gemacht worden ist" ("New York Post")? "Lore-Roman" ("Weltwoche"), "Shylock-Ranch" ("Hitler"-Filmer Syberberg), "perverse Operette" (eine deutsche Lehrerin), "Ami-Scheiß" (ein deutscher Arbeiter)?

Oder war am Ende doch "die Summe des Wahren an "Holocaust" größer als alle Verfälschungen" ("Die Zeit"), groß genug gar, um "tiefsitzende Traumata freizuschäufeln" ("Frankfurter Rundschau")?

Daß "Holocaust" je eine solch weltweite Grundsatzdebatte aufwerfen würde, hatten sich seine Hersteller wohl nicht träumen lassen. Ihnen ging es eigentlich nur um einen lukrativen Verkaufsartikel.

Anfang 1977, als der Kommerz-Sender ABC mit seinem pseudohistorischen Sklaven-Epos "Roots" gerade alle Zuschauerrekorde gebrochen hatte, fahndete die in der Publikumsgunst abgeschlaffte NBC nach einem Stoff von ähnlicher Sprengkraft. Die Wahl fiel auf "Holocaust".

Der Romanautor Gerald Green verknappte die maßlose Tragödie zu einem überschaubaren Familiendrama. Marvin Chomsky, als Regisseur von "Roots" und dem Kino-Reißer "Unternehmen Entebbe" einschlägig ausgewiesen, übernahm die Regie.

In 18 Wochen zwischen Juli und November 1977 ließ die TV-Gesellschaft den Vielstünder von 150 Schauspielern und 1.000 Komparsen auf 150 Kilometer Film bannen. Da in der DDR und Polen gar nicht erst gefilmt werden sollte und Ungarn wie Tschechoslowaken die Drehgenehmigung wegen "zionistischer Elemente" des Buches verweigerten, entstand der größte Teil der Serie unter Deutschlands und Österreichs freiem Himmel.

Straßenzüge in Berlin-Wedding wurden als Warschauer Getto hergerichtet, die KZ-Szenen von Auschwitz und Buchenwald im österreichischen Lager Mauthausen gestellt.

Kaum waren die Dreharbeiten beendet, ließ man Fatales durchsickern: Ein Berliner habe die Crew mit Bierflaschen beworfen, ein schreiender Greis die Mimen verstört: "ich habe euch Juden schon einmal getötet, ich werde euch noch einmal töten." Aufnahmegeräte seien mit Hakenkreuzen bepinselt worden, belichtete Filmrollen spurlos verschwunden.

Michael Moriarty, als Erik Dorf der Negativ-Held der Serie, klappte zusammen, als er mit seiner Filmfamilie "Stille Nacht, heilige Nacht" singen mußte: "Wie konnten die so was tun!" Den Engländer Cyril Shaps (Häftling Weinberg) verließen die Kräfte, als er in KZ-Kluft durch Mauthausen torkelte: "Ich glaube, ich kann nicht weitermachen." Der katholisch erzogene Fritz Weaver, als jüdischer Arzt Weiss die Zentralfigur, fühlte sich nach dem Film "wie ausgewechselt": "Ich wurde ein Jude. Ich denke nur wie ein Jude."

Der Einstimmung folgte die Aufklärung. Religiöse und weltliche Organisationen verteilten 50

verschiedene Expertisen in über einer Million Exemplaren. Eine jüdische Liga ließ eine Sonderschrift in zehn Millionen Zeitungen beilegen. NBC schleuste einen speziellen "Viewers Guide" in zwei Millionen Schulen und Haushalte.

In der Zuschauergunst allerdings konnte "Holocaust" das Konkurrenz-Produkt "Roots" nicht entthronen: Trotz 120 Millionen Zuschauern - Jahresrekord - mußte sich das Großunternehmen unter den erfolgreichsten TV-Produkten aller Zeiten mit Platz 49 begnügen - nach Spitzenreiter "Roots" und weit hinter Bob Hopes "Christmas Show" von 1970.

Im publizistischen Echo indes übertönte "Holocaust" alles Dagewesene. Zufällig Zeuge dieses Spektakels wurden damals, im April 1978, die SPD-Politiker Georg Leber, Dietrich Stobbe und Horst Ehmke. Heimgekehrt, lobte vor allem Leber das Streitobjekt als "bemerkenswert objektiv", von "beklemmender Wirkung" und ohne Deutschen-Haß. Der SPD-Parteivorstand beauftragte alle sozialdemokratischen Funkaufseher, sich bei den Sendern für den Ankauf stark zu machen. Als der WDR sich kurz darauf die Senderechte für 1,2 Millionen Mark sicherte, witterte "Die Welt" ein rotes Zusammenspiel und zieh die Genossen, "auf unzulässige Weise in die Programmgestaltung eingegriffen" zu haben. Doch die Kölner hatten, allem Verdacht zum Trotz, schneller geschaltet, als die Politiker dachten.

Kaum war der Film im Land, kam der WDR unter Beschuß. Münchens konservativer TV-Direktor Oeller drohte, der BR werde sich bei einer Übernahme des "Verkaufsartikels" ins Gemeinschaftsprogramm aus der Senderkette ausklinken. Deutsche Diplomaten fühlten diskret vor, ob das schlimme Lichtspiel denn unbedingt an die Öffentlichkeit müsse.

Um so schriller stritt die ARD. Ihre Serien-Kommission mokierte sich über die "indiskutable Qualität", die Programmdirektoren schoben das unangenehme Thema unwillig vor sich her.

Aufgeschreckt von dem politischen Wirbel, verlangten nun die Intendanten das letzte Wort. Aber sie kamen gleichfalls nicht klar und gaben die Entscheidungsnot an die Programmdirektoren zurück. Die stimmten nun ab, nur eine schwache Mehrheit votierte für die Sendung im Ersten Programm. Weil man fürchtete, die "Holocaust"-Gegner würden sich ausschalten, wollten die Verantwortlichen den Bruch in der ARD nicht riskieren.

Dem verschnapften WDR den ungeliebten Import für sein Regionalnetz allein zu überlassen, schien den TV-Gewaltigen angesichts der publizistischen Eskalation des Themas auch nicht opportun. Nach monatelangem Hickhack kamen sie schließlich überein für "Holocaust" erstmals alle Dritten Programme gleichzuschalten.

Der schärfste Protest gegen diese Verlegenheitslösung ging erst jetzt ein: Interessenten aus der DDR, in der die Dritten Programme nur in Grenznähe zu empfangen sind, beschwerten sich bei der ARD über die kurzsichtige Entscheidung, sie total von "Holocaust" auszuschließen.

Was hier nun, vier Abende bis tief in die Nacht, bundesweit zum Vorschein kam und überwältigend wirkte, mußte den Eindruck erwecken, als habe es in Deutschland bisher keine nachhaltigen Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit gegeben. Dabei ist es nicht so, daß sich der deutsche Film und später das deutsche Fernsehen, daß sich die deutsche Nachkriegsliteratur und das Theater nach 1945 an der Auseinandersetzung mit den Nazi-Verbrechen vorbeigemogelt hätten.

Der erste durchschlagende Bühnenerfolg des Nachkriegstheaters war Zuckmayers Udet-Stück "Des Teufels General", in dem Hitlers Rassenwahn zumindest ein Nebenthema bildete. Allerdings war das im Exil entstandene Stück von der furchtbaren Nazi-Realität weit entfernt und verfiel dem Glanz der Uniformen und dem rauhen Barras-Charme des Offizierskasinos.

Filme der Ost-Berliner Defa, wie "Ehe im Schatten", der vom Selbstmord des mit einer Jüdin verheirateten Schauspielers Joachim Gottschalk handelte, oder wie "Affaire Blum", der den latenten Antisemitismus in der Weimarer Republik zum Thema hatte, waren in der Analyse und im Treffen der Gemütslagen da schon genauer.

Die deutsche Nachkriegsliteratur, die sich in der Gruppe 47 vereinte, machte den Antifa-

schismus, die Aufarbeitung der Vergangenheit zu ihrem (nie verkündeten) Programm.

Das, was schließlich zum Schlagwort der "Vergangenheitsbewältigung" verkam und damit auf unguete Weise mit den offiziell und sicher gutwillig veranstalteten Wochen der Brüderlichkeit korrespondierte, stellte die literarische und theatralische Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Juden vor ein Dilemma.

Einerseits gab es das Diktum von Adorno, der gesagt hatte, es sei barbarisch, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben. Andererseits gab es die "Todesfuge" des dem Holocaust entkommenen Paul Celan ("Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"), ein Gedicht, das damals zumindest viele Studenten bewegte und auf die Vergangenheit verwies.

Vor allem zwei Ereignisse waren es, die beide Pole der Auseinandersetzung mit der Judenauströpfung markierten: einmal, 1950, das "Tagebuch der Anne Frank", als Buch, als Bühnenstück und später im Kino und Fernsehen, von der gerührten Betroffenheit eines breiten Publikums begleitet. Und der Alain-Resnais-Film "Nacht und Nebel", der 1956 die Zuschauer erstmals mit dokumentarischen Aufnahmen des KZ-Grauens konfrontierte.

Die Reaktionen waren nicht untypisch. Konnte man das Tagebuch des jüdischen Mädchens, das zwei Jahre in einem Versteck und von dauernder Angst umlauert während der Nazi-Okkupation in Holland lebte und in Bergen-Belsen umkam, mit Rührung verarbeiten (ähnlich geht ja auch "Holocaust" vor), so reagierte man auf den Dokumentarfilm von Resnais mit Ablehnung.

Die beiden großen, die Öffentlichkeit lange beschäftigenden Theaterstücke über die Judenvernichtung waren einmal Hochhuths "Stellvertreter" und zum andern "Die Ermittlung" von Peter Weiss. Hochhuth hatte in einer Mischung aus Schiller-Drama und Dokumentarstück, aus Trivialdrama und flammendem Appell den Weg des Widerstandskämpfers Kurt Gerstein geschildert und dabei eine Mitschuld der katholischen Kirche an der Judenvernichtung postuliert - der Papst habe geschwiegen, selbst dann, als Juden in Rom, also gewissermaßen unter seinen Augen, verschleppt wurden.

Damit war ein deutsches Tabuthema berührt: daß es nämlich auch keinen christlichen Widerstand (wie etwa gegen die Euthanasie) gegen die Entrechtung und Deportation der Juden gegeben habe - im Restaurationsklima der Adenauer-Ära, die das Adjektiv christlich zur Staatsklammer erheben wollte, eine ungeheure Provokation.

Andererseits: Hochhuths "Stellvertreter", auf den eine ganze Flut von Dokumentarstücken folgte, ließ sich auch als Entschuldigungs- und Rechtfertigungs-Drama für viele Deutsche mißverstehen. Wenn schon der Papst nichts hatte tun können, so lautete die Argumentation, wieviel weniger dann der ohnmächtige einzelne Deutsche. "Die Ermittlung" von 1965 stellte die erste gründliche Auseinandersetzung eines Schriftstellers mit den großen NS-Prozessen dar.

Das Stück von Peter Weiss, nach dem Muster von Dantes "Inferno" in Gesänge gegliedert, ist die Verarbeitung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses gegen Boger, Kaduk, Klehr und andere. Weiss folgte bei seinem dokumentarischen Verfahren der Berichterstattung Bernd Naumanns in der "FAZ". Bereits damals wurde ein Phänomen deutlich, das sich jetzt bei "Holocaust" verstärkt wiederholt: daß nämlich die Bühnenfassung weit mehr Betroffenheit, Ablehnung, Erregung provozierte als der dokumentarische Bericht.

Wenn "Holocaust" trotzdem Emotionen wie zum erstenmal freisetzte und die üblichen Sperren und Blockaden durchbrach, die Deutsche vor dem schrecklichsten Kapitel ihrer Vergangenheit aufgerichtet haben, so liegt das daran, daß hier erstmals (relative) Geschichtstreue sich mit den trivialen Mitteln der amerikanischen Fernsehserie verbinden konnte, daß es den amerikanischen TV-Machern gelungen ist, die Judenauströpfung in dem Schicksal zweier Familien zu personalisieren, ohne dadurch das kollektive Thema zu zerstören.

Hatte man vor der deutschen Ausstrahlung noch meinen können, die US-Serie verhökere das

Thema des Judenmordes zugunsten einer hemmungslos ans Gefühl appellierenden Seifenoper, so zeigte die Anteilnahme und Betroffenheit der Zuschauer, daß gerade diese, den von einer Nazi-Vergangenheit unbelasteten Amerikanern mögliche, Form eine reinigende (kathartische) Wirkung habe wie einst die griechische Tragödie - so jedenfalls der Psychoanalytiker Hendrik de Boor in der "Holocaust"-Diskussion.

Aufgewühlt durch die hautnahe Präsentation des Millionen-Massakers, wagen die Deutschen nun plötzlich den Blick zurück - über den Sendeschluß hinaus.

Berlins Schulsenator Walter Rasch forderte alle Lehrer auf, "Holocaust" im Unterricht zu diskutieren. Diese Serie, rühmte der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer-Verbandes, Ebert, habe eine "stärkere didaktische Wirkung" als "abstrakte Statistiken und nackte Fakten" und empfahl das auf Videoband mitgeschnittene Anschauungsmaterial als Lehrstoff.

Der Superintendent des Kirchenkreises Bodenwerder an der Weser wird in seinem Jung-Ehepaar-Kreis über "Holocaust" diskutieren. Die Düsseldorfer Bezirksvertretung 3 hat alle älteren Mitbürger des Stadtteils Bilk gebeten, mit privaten Erlebnissen aus dem Dritten Reich, aufgeschrieben oder auf Tonband gesprochen, an die Öffentlichkeit zu kommen und einschlägige Dokumente, Lebensmittelkarten wie Blockwart-Briefe, für eine Broschüre zur Verfügung zu stellen.

Wissenschaftler wollen erkunden, ob die emotionale Bewegung während der Sendezeit eine längere gedankliche Auseinandersetzung mit dem Thema ausgelöst hat. Im Auftrag des WDR und der Bonner Bildungszentrale startete das Offenbacher Marplan-Institut für 180.000 Mark eine Repräsentativ-Umfrage in drei Stufen: Vor "Holocaust" wurde der allgemeine Wissensstand zu Nazi-Zeit und Judenvernichtung abgefragt; während der Sendung registrierten die Forscher die spontanen Reflexe; in acht Wochen wollen sie die Langzeitwirkung ausloten.

Der Erziehungswissenschaftler Lißmann begann eine Umfrage unter Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, mit denen er sich das Programm gemeinsam ansah. Das "Ausmaß der Betroffenheit" hat ihn dabei überrascht. Doch er fürchtet: Es könnte sein, daß "Holocaust" keine rational-kritische Auseinandersetzung aufkommen läßt. Lißmann: "Das wird ein Strohhalm sein." <<

Die "Augsburger Allgemeine" berichtete am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.

Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt. <<

Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über die sogenannte "Befreiung der Deutschen": >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**

... Die Befreiung vom Naziterror zu feiern, das kann nur einem Tölpel eingefallen sein. Wir haben uns nicht selbst befreit, und ein beträchtlicher Teil Europas ist überhaupt nicht befreit worden. Ob man nun ein Konzentrationslager künstlich im Kölner Dom wiederaufbaut, oder ob man den Kölner Dom in ein Konzentrationslager verpflanzt: Uns bleibt immer noch der muntere Scherz unseres gewählten Kanzlers Helmut Kohl auf den Lippen, der freimütig bekennt: "Ich stehe zu unserer deutschen Vergangenheit."

Das wird die deutsche Vergangenheit recht beruhigen. Die Frage bleibt nur, ob die deutsche Zukunft zu einem solchen Vergangenheitsbewältiger noch stehen kann. ... <<

Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) hielt zum 40. Jahrestag der deutschen

Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: **Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...**

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.

Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.

Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben.

Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.

Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.

Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.

Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.

Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung.

Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben.

"Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." ...

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen.

Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet. ...

Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit. ...

Ehren wir die Freiheit.

Arbeiten wir für den Frieden.

Halten wir uns an das Recht.

Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.

Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>8. Mai 1945: Tag der Befreiung?

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntlang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.

40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1984-1994) in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". ...

Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. ...

Erfahrung der deutschen Bevölkerung

Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht. Sie sollten die Folgen der Niederlage spüren. Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen (vor allem im Osten, aber nicht nur), Demontagen, weitere Vertreibungen u.a. aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.

Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerlumpt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück. Die Frau-

en mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.

Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ostgrenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet (und beschönigt) Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".

Die mitteldeutsche/ostdeutsche Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten o.ä. einzusperren (Buchenwald, Sachsenhausen). Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.

Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskau-Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.

In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze (z.B. Rückwirkungsverbot, nulla poene sine lege) und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.

Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes (AA), in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des AA (1938-1943) und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.

Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:

Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festzurrt. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an den Deutschen.

II. Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-Regime" überlagert und verdrängt. ...

III. Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befrei-

ung. ...

Das Winseln der Besiegten

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche Besonderheit.

Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

IV. Legendenbildung

... Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionsebenen mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust spricht:

"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".

Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. Sicher ist, daß etwa 300.000 Personen, die in die Vernichtungsaktionen eingebunden waren, genau Bescheid wußten. Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah (Peter Longerich, Davon haben wir nichts gewußt, München 2006, S. 324; Alfred de Zayas, Völkermord als Staatsgeheimnis. Vom Wissen über die "Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich, München 2011; Guntram von Schenck, Holocaust - Folge von Hitlers Ruhmsucht?). Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.

Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler (1974-1982) hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen. Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.

Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kontrolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt. Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die

im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsieg". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?

Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde ("Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte ..."), entbehrt aber der Grundlage.

Sicher dagegen ist: Weizäckers Vater Ernst von Weizsäcker, der AA-Staatssekretär wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet (Das Amt, S. 186 f., S. 396). Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß der AA-Staatssekretär in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären (Interview, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.11.2010).

V. "Vae Victis" oder der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage/Befreiung waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.

1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizäckers überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. Das ist kein semantisches Problem. Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen. ...

Ostgrenze

Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um Schlimmeres (Verlust der Reichseinheit) zu verhüten. Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.

Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zugunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".

Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zugeständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben ge-

wesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut un-nachgiebig. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockie-rung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert. Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezahlen: Er gehört mit zu den frühesten Be-fürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deut-scher Politiker von Rang. ...

VI. Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden

... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Be-freiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. Eine Ausnahme bildet die gewaltlose Revolution in der DDR 1989/1990, die aber im Bewußtsein der wiedervereinigten Nation leider nicht die Rolle spielt, die ihr zu-kommt.

Das bleibt nicht ohne Folgen. Die fehlende innere, echte Beziehung zum Freiheitsbegriff und zur Befreiung ist übrigens ein Vorwurf, den die Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock vor 1989/1990 gegenüber den politischen Akteuren in Westdeutschland erhoben haben. Heute, ganz aktuell 2011, kommen ähnliche Stimmen aus dem arabisch-islamischen Raum, u.a. Li-byen, wo man sich beklagt, daß die Deutschen zwar überschwenglich die Freiheitsrhetorik im Munde führen, aber nichts tun, wenn es darauf ankäme, den Worten Taten folgen zu lassen. (Siehe deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat am 17. März 2011 zur Libyenresolution Nr. 1973 - ein Datum, das man sich merken muß!)

Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewalt-samer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbst-entmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlich-keit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Auf-sicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. (Übrigens auch nicht in der Innenpolitik.) Die Bundesrepu-blik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.

Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpo-litik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise aus-gebremst. Der außenpolitische Schulterschuß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der

Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie entthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.

Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.

Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fort-dauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung/Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergab die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...

VII. Traditionen! Traditionen?

... Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen und/oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen. Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind. ...

Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten (zitiert nach Joachim Fest, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches, Alexander-Fest-Verlag, Berlin 2002, S. 78). ...

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.

Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre. Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<